

Pressemitteilung



Jens Schultz
Fraktionsgeschäftsführer
Bergedorfer Str. 131
21029 Hamburg

Telefon: 040 25491224
E-Mail: jens.schultz@dielinke-bergedorf.de
Internet: www.linksfraktion-bergedorf.de

Bergedorf, den 03.07.2009

Bezirksversammlung Bergedorf lehnt Betrieb des AKW Krümmel ab

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der GAL beschloss die Bezirksversammlung Bergedorf am 25.06.09 den Betrieb des Atomkraftwerkes Krümmel aufgrund der Gefahren, die dadurch für die Bevölkerung ausgehen, abzulehnen.

Dazu meint der Energie- und Umweltexperte Lutz Jobs (Fraktion DIE LINKE.): *„Mit der Ablehnung zur Wiederinbetriebnahme des Schrottreaktors Krümmel hat die Bezirksversammlung Bergedorf ein deutliches Signal gesetzt. Die Gefahren des AKW Krümmel lassen sich nicht durch Landesgrenzen aufhalten. Der Hamburger Stadtteil Altengamme liegt im 10-km-Radius des Reaktors und somit im unmittelbaren Gefahrenbereich.“*



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Az. 526.02-53

Drucksachen-Nr. XVIII/0776
15.06.2009

Antrag

- öffentlich -

der BAbg. Jobs, Mirbach, Jersch, Fraktion Die Linke
der BAbg. Lühr und GAL-Fraktion

Beratungsfolge	am	TOP
Bezirksversammlung Bergedorf	25.06.2009	11.8

Atomkraftwerk Krümmel darf nicht wieder in Betrieb gehen (Korrigierte Fassung)

Sachverhalt:

Der Betreiber des Atomkraftwerk Krümmel, die Firma Vattenfall hat angekündigt das Werk nach zwei Jahren in Kürze wieder in Betrieb zu nehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem „Kalkar-Urteil“ 1978 strenge Vorgaben für Atomanlagen gemacht. Danach dürfen diese nur betrieben werden, wenn sie

1. stets dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen und
2. gegen alle vorstellbaren Unfälle gesichert sind. Beim AKW Krümmel scheint beides nicht der Fall zu sein.

Es gehört nachweislich zu den unsichersten der Republik, es entspricht trotz der durchgeführten Reparaturen in puncto Sicherheit nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik und es ist z.B. nicht gegen den Absturz von größeren Flugzeugen geschützt.

In Krümmel und dem ähnlichen Reaktor in Brunsbüttel wurden seit Inbetriebnahme 739 Störfälle bekannt. Allein 2006 gab es in Krümmel 15 dieser Vorfälle. Als Neubau würde dieser Reaktor derzeit keine Genehmigung bekommen.

Der Brand im AKW am 28.6.07 hat gezeigt: Es gibt immer wieder Vorfälle, mit denen der Betreiber nicht rechnet und die negative Konsequenzen haben können.

Für den Fall eines größeren Unfalls ist auch die Bergedorfer Bevölkerung nicht ausreichend geschützt. In einer Studie des Ökoinstituts für die Hamburger Umweltbehörde wird ermittelt, dass bei einem GAU in Kümmel bis zu 100.000 HamburgerInnen mit erheblichen gesundheitlichen Folgen betroffen wären – ein Großteil dieser Menschen lebt in Bergedorf.

In der Hauptausschusssitzung am 13.11.08 wurden Lücken im Katastrophenschutz für den Bezirk deutlich. Z. B gibt es die lebenserhaltenden Jobtableten nur im Bergedorfer Rathaus, dazu jedoch die dringende Anweisung das Haus nicht zu verlassen. Evakuierungen ganzer Gebiete wurden noch nie geprobt und ihr Ablauf ist unvorhersehbar. „Flucht ist nicht planbar“ so der geladene Referent Dr. Rechenbach.

Aber auch ohne Katastrophe bedroht der Reaktor: Neben dem AKW werden in einem Zwischenlager die hochradioaktiven Brennelemente in normalen Castorbehältern gelagert und die Transportwege der radioaktiven Brennstoffe verlaufen durch den Bezirk.

Der einzige wirksame Schutz der Bergedorfer Bevölkerung vor den Folgen eines Unfalls auf dem Weg nach Krümmel und vor allem vor den Folgen des Reaktorbetriebs kann also nur die Stilllegung des Atomkraftwerks sein.

...

Beschlussvorschlag:

1. Die Bezirksversammlung Bergedorf lehnt aufgrund der Gefährdung der Bevölkerung des Bezirkes den Betrieb des AKW Krümmel ab.
2. Die Bezirksversammlung fordert den Vorsitzenden und den Bezirksamtsleiter auf, diese Grundhaltung dem Betreiber und der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Anlage/n:

ohne Anlagen